

19.22

Abgeordneter Rainer Wimmer (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lieber Herr Neubauer, wir werden Ihrem Antrag nicht folgen. Das wird Sie wahrscheinlich nicht überraschen, aber mich wundert immer wieder, was Ihnen alles einfällt, um Angst zu erzeugen. *(Abg. Peter Wurm: Seid ihr gegen Arbeitnehmerrechte oder was? – Abg. Neubauer: Wer macht jetzt Angst?)*

Sie machen Angst vor Migrant*innen, Sie machen Angst vor Flüchtlingen, Sie machen Angst vor Verbrechen – da geht es um die Sicherheit –, und jetzt müssen das 13. und 14. Monatsgehalt, also Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, auch noch herhalten, um Angst zu machen. *(Abg. Neubauer: Wer macht jetzt Angst?)* Sie sind die Angstmacherpartei, geschätzte Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Irgendwie ist das eigenartig und fast schon ein bisschen lächerlich – aber vielleicht eines nach dem anderen:

Erstens einmal, Herr Neubauer: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, also die Sozialpartner, haben diese Sonderzahlungen ins Leben gerufen, in den Kollektivverträgen festgeschrieben, und es braucht sich niemand zu fürchten. Wir haben starke Gewerkschaften *(Abg. Neubauer: Das hat man jetzt eh gesehen! Eingegangen sind sie wie ein Lercher!! Wo ist der Betriebsrat beim Fernsehsender?)*, wir haben starke Kollektivverträge, wir haben eine Kollektivvertragsabdeckung von mehr als 96 Prozent. Herr Neubauer, das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen!

Und wenn Sie die Frage stellen, warum es heute noch Branchen gibt, die keine Sonderzahlungen zahlen – das sind ganz, ganz wenige, da muss man ja auch von der Anzahl der Arbeitnehmer sprechen, wenn man davon redet –, dann müssen Sie da einmal mit Ihrem Arbeitgeberflügel sprechen und fragen, warum in manchen Branchen diese Sonderzahlungen nicht erfolgen können.

Kolleginnen und Kollegen! Kollektivverträge sind oftmals stärker als gesetzliche Regelungen. Das haben wir in der Krise gesehen, denn hätten zum Beispiel die Iren, Herr Neubauer, starke Kollektivverträge gehabt, dann hätte man nicht über Notverordnungen die Mindestlöhne herabsetzen können. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Peter Wurm: Wir sind die Arbeitnehmerpartei, Herr Kollege! Die Arbeitnehmer sind schon alle bei uns! Die habt ihr schon lang verloren, die Arbeitnehmer!)*

In Spanien ganz genau dasselbe, auch in Tschechien: Hätten die starke Kollektivverträge gehabt, dann hätten die nicht vier Jahre die Mindestlohnerhöhung

aussetzen können. (Abg. **Neubauer**: *Wo war denn die Gewerkschaft bei simpliTV? Wo war denn da die Gewerkschaft?*)

Und darum glaube ich, Ihr Vorschlag – und das möchte ich hier ganz deutlich sagen – wäre eine Schwächung des Kollektivvertrags und damit eine Schwächung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mich wundert da ja gar nichts mehr, denn Sie haben heute gerade vorhin, vor ein paar Stunden, beim Antrag der NEOS auf Halbierung der Arbeiterkammerumlage mitgestimmt. Auch dieser Antrag ist ganz deutlich gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegen ihre Vertretung gerichtet, und Sie verstehen, da werden wir nicht mitgehen.

Wir stehen hinter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und die wissen das auch. Darum werden wir diesen Antrag ablehnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

19.25

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt jetzt Frau Abgeordnete Mag. Schwentner. – Bitte.